

Zur aktuellen, gefährlichen Kriegseskalation, zu Aufrüstung & Kriegsbeteiligung der Bundesregierung auf Kosten des Sozialen und zu den Herausforderungen für die Friedensbewegung – Diskussionsrunde in der Norddeutschen Friedensbewegung 07.07.2024. (Input Andreas Grünwald)

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Zeichen stehen auf Sturm. Weder der Krieg im Gaza-Streifen, noch der in der Ukraine finden ein Ende. Im Gegenteil: es besteht die Gefahr, dass beide Kriege eskalieren. Anstatt Verhandlungen zur Beendigung dieser Kriege anzustoßen werden auch aus Deutschland immer neue Waffen geliefert, und mit denen im Ukraine-Krieg nun auch Ziele in Russland angegriffen werden dürfen. Damit entwickelt sich die Situation, nicht nur für den Nahen Osten, sondern auch in Europa gefährlich in Richtung von Großkriegen!

Wir dürfen unseren Blick aber nicht nur auf diese beiden Kriege richten. Weltweit haben Kriege und militärische Auseinandersetzungen zugenommen, weltweit erhöhen sich Spannungen, die leicht in Kriege abgleiten können.

Warum ist das so? Und was können und müssen wir tun?

Ich denke diese Zunahme weltweiter Spannungen hat zentral mit dem zu tun, was wir unter dem Begriff der Veränderungen im globalen Weltsystem fassen. Also mit dem Übergang von einem System singular-polarer Macht, weltweiter Hegemonie einzelner imperialistischer Akteure, zu einem multipolaren System in dem sich die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse neu justieren. So etwas gab es in der Geschichte der Menschheit bisher nicht sehr häufig. Aber wenn es solche qualitativen Verschiebungen gab, nahm auch immer die Gefahr großer Kriege beträchtlich zu.

Es sind die USA, es sind die westlichen Staaten, die weltweit an ökonomischer und politischer Dominanz verlieren. Das hat mit ihrer eigenen ökonomischen und technologischen Schwäche zu tun. Auch mit einer Überakkumulation welche die ökonomische Dynamik im inneren bremst. Es hat andererseits mit dem Aufstieg Chinas zu tun. Was sich dort innerhalb von weniger als zwei Generation vollzog, der Aufstieg von einem Entwicklungsland mit Hungerkatastrophen zu einer ökonomischen und politischen Supermacht ist gigantisch. Im BIP steht das Land inzwischen an der Spitze, auch wenn das Pro-Kopf-Einkommen noch hinter dem der USA liegt. Vielleicht hat die Entwicklung auch mit der politischen Steuerung dort zu tun, die keine neoliberale Politik, keine Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge kennt, indes die Dekarbonisierung wie nirgend wo anders vorantreibt. So haben sich immer mehr Bereiche der industriellen Endproduktion im Rahmen globaler Produktionsketten nach China verlagert.

Diese Entwicklung hat aber auch mit dem Streben vieler weiterer Länder zu tun, die sich ihre ökonomische und politische Entwicklung eben nicht mehr durch die alten Hegemonialherren diktieren lassen. Es hat auch mit Russland zu tun, das nach dem Ende des Kalten Kriegs aus westlicher Sicht besiegt war. Frei für die Ausplünderung durch westliche Konzerne. Doch nach dem Ende der Jelzin-Ära hat sich auch in Russland die Ökonomie und auch das politische System wieder stabilisiert. Es sind aber auch viele weitere Länder in Afrika, Südamerika, Asien, die unter diesen Rahmenbedingungen zunehmend dazu entschlossen

sind, sich aus der alten Umklammerung durch die alten imperialistischen Mächte in Nordamerika und in Westeuropa zu befreien. Die es nicht mehr zulassen möchten, dass deren ökonomische Verwertungsprobleme durch neokoloniale Abhängigkeitsverhältnisse kompensiert werden können.

Ökonomisch sind es vor allem die USA, die weltweit an Gewicht verlieren. Aber auch die Länder der EU stecken in tiefen ökonomischen Verwertungskrisen, die damit aber auch das politische System in diesen Ländern destabilisieren.

Nur auf militärischem Gebiet sind die USA, noch (!) die Nummer 1.

Aus US-amerikanischer Sicht war es zudem immer schon ein zentrales Ziel ökonomische Verbindungen zwischen Europa und Russland zu kappen. Dies gelang durch die NATO-Osterweiterung, dann mit der Option die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Tomahawk-Marschflugkörper brauchen von dort aus weniger als 35 Minuten um Moskau zu erreichen. 7 bis 8 Minuten sind es für ballistische Raketen. 4 bis 5 Minuten für Hyperschallraketen. In seiner Rede zur Rechtfertigung des eigenen Einmarsches nannte der russische Präsident Putin das „das Messer an der Kehle zu haben“.

Damit kein Missverständnis auftritt: damit rechtfertige ich nicht den Einmarsch, denn Krieg kann nie eine Lösung sein. Aber die USA und ihre engsten Verbündeten haben sehr viel dafür getan, dass dieser Einmarsch dann stattfand. Dass in der Folge die russisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen gänzlich auf Eis gelegt wurden, ist aus amerikanischer Sicht ein wichtiges, vielleicht sogar das wichtigste Ergebnis dieser Eskalation gewesen. Die Fortsetzung des Stellvertreterkrieges zwischen dem Westen und Russland auf ukrainischem Territorium macht für sie nicht deshalb einen Sinn, um diesen Krieg zu gewinnen. Ich denke sie wissen, dass dies, abseits eines Atomkrieges, nicht möglich ist, sondern um in der globalen Auseinandersetzung und in der Neuordnung der Machtbeziehungen auf diesem Planeten Russland – und damit auch China – sowohl militärisch, als auch ökonomisch und politisch zu schwächen. Um die Ukraine geht es ihnen da maximal am Rande.

„Autokratie“ versus „Demokratie“

Russland ist aber aus US-Sicht nur ein Feld in diesem Machtkampf. Aus US-Sicht ist der Konflikt mit China mittelfristig relevanter. Deshalb verlangen die USA, dass sich ihre europäischen Verbündeten noch stärker diesem Krieg in der Ukraine annehmen, was sie auch tun und in dem sie gleichzeitig auch eigene Interessen vertreten. Aus ihrer Sicht wollen sie ihre eigene Bedeutung als ein zweiter imperialistischer Pol neben den USA in diesen globalen Auseinandersetzungen stärken. Daher die Forderung von Klingbeil bis Scholz und Macron, in diesem Krieg selbst eine führende Rolle einzunehmen.

Um solche Kriege zu führen, um eigene Interessen – sei es im Bündnis mit den USA, sei es mit eigenen Initiativen – militärisch durchzusetzen, bedarf es aber auch immer entsprechender Ideologien, die nach innen orientiert „Kriegstüchtigkeit“ herstellen. „Demokratie versus Autokratie“ lautet ihr Schlachtruf um diese „Kriegstüchtigkeit“ in der eigenen Bevölkerung herzustellen.

Dazu ein aktuelles Beispiel: Am Mittwoch und Donnerstag fand in Kasachstan die Gipfelkonferenz der „Shanghai Cooperation“ statt. Wie wurde dieses Gipfeltreffen in unseren Medien reflektiert? Es sei eine Versammlung von „Autokraten“ und „Diktatoren“ gewesen, das ist alles, was man hierzulande von diesem Gipfeltreffen hört. Dass diese Cooperation aber mit ihren 10 Mitgliedsländern knapp 50 Prozent der Weltbevölkerung repräsentiert, dass dort neue und vielfältige wirtschaftliche Kooperationsverträge geschlossen wurden, die all das, wozu der Westen noch fähig ist, übertreffen, davon kein Wort. Das sich diesem Bündnis inzwischen rund 25 weitere Länder als Beobachter oder Partner angeschlossen haben, dass dort konkrete Friedensinitiativen für die Ukraine diskutiert wurden, davon ebenfalls kein Wort.

Ein Problem, was ich für die Entfaltung einer wirkmächtigen Anti-Kriegsbewegung sehe, besteht in der anhaltenden Krise sozialistischer und linker Parteien. Früher war es mindestens unter Linken doch selbstverständlich, dass Imperialismus eben nicht in erster Linie ein militärisches Phänomen ist, sondern vor allem etwas was mit der ökonomischen Verfasstheit kapitalistischer Gesellschaften zu tun hat. Mit Monopolen und ihren Verwertungsinteressen und sich vor allem daraus dann auch heiße Kriege entwickeln. Dass es in imperial motivierten Stellvertreterkriegen indes um Menschenrechte geht, auf diese Idee wäre vor 1989 kaum einer gekommen.

AUFRÜSTUNG und HOCHRÜSTUNG

Diese ideologischen Verschiebungen tragen dazu bei Waffenlieferungen zu legitimieren. Auch Linke ordnen sich dabei den herrschenden Narrativen unter. Um den aktuellen Aufrüstungs- und Eskalationskurs zu rechtfertigen, der durchaus mehr umfasst als laufende Kriege weiter laufen zu lassen, reicht das aber nicht. Dafür muss die These bemüht werden, dass Russland nicht nur die Ukraine, sondern ganz Europa bedroht. In den im November 2023 neu verfassten Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt es dazu: „Die neue Qualität der Bedrohung unserer Sicherheit (...)“ verdeutliche, dass „wir unsere Strukturen und Prozesse am Szenario des Kampfes gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten müssen: Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht nur gewinnen, sondern wir müssen sie gewinnen.“

Für dieses Gerede, dass russische Soldaten, wenn man sie nicht in der Ukraine besiegt, dann im nächsten Schritt Polen überrennen, bevor sie in unserem Wohnzimmer stehen, dafür gibt es zwar überhaupt keine Belege, aber je häufiger diese Lüge durch unsere Medien flattert, umso mehr verdrängt sie die Wirklichkeit, die darin besteht, dass die NATO-Länder bereits jetzt so hochgerüstet sind, dass sich eher die russische Seite bedroht fühlen könnte. Ob bei Kampfflugzeugen, Kampfpanzern, U-Booten, Kriegsschiffen – es gibt überhaupt keinen einzigen militärischen Bereich, wo die NATO Russland nicht mehrfach überlegen ist.

Warum dann aber dieser Aufrüstungskurs und der ja schon 2014 begann? Wer sich mit den Fakten beschäftigt, der kommt rein logisch zu dem Schluss, dass es eher der Westen ist, der Großkriege nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Europa, vielleicht demnächst auch mit China, vorbereitet. Welchen Sinn macht es sonst die Schnellen Eingreiftruppen von ursprünglich 40.000 auf 500.000 Soldaten aufzublähen? Welchen Sinn macht sonst diese Debatte um die so genannte Auswahlwehrpflicht, die jetzt in Deutschland beginnt, und die

zudem auch die Anzahl aktivierbarer Reservisten erhöhen soll, so sehr, dass sie übrigens auch die Zwei-plus-Vier-Verträge bricht?

Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensratschlag hat im Rahmen eines Vortrags für eine Veranstaltung der Initiative „Die Waffen nieder – Nie wieder Krieg“ dazu umfangreiches Material zusammengetragen. Ich stütze mich hier auf dessen Ausführungen und ich empfehle jedem sich mit diesem Material, das auch in der Jungen Welt abgedruckt wurde, zu beschäftigen. Man kann es in vertretbarer Zeit gar nicht alles aufführen, was da geplant ist. Und ich spreche jetzt nur von Deutschland: Neue „Puma“-Schützenpanzer, neue „Boxer“-Radpanzer, neue „Leopard“ Kampfpanzer, 900 weitere Transportpanzer, 500 neue Raketensysteme des Typs „Patriot“, dann das neue Kampfpanzerprojekt „Main Ground Combat System« (MGCS)“. Mit letzterem soll ein Hightech-System entwickelt werden mit Robotik und Waffen, wie aber auch Hochgeschwindigkeitsraketen. Das System soll eine „rollende Gefechtszentrale für weitere autonom gesteuerte Fahrzeuge sein“. Jede Panzerschlacht soll damit gewonnen werden. Ein deutsch-französisches Projekt, das jetzt freilich auch für Olaf Scholz „oberste Priorität“ hat.

Ähnlich ist es mit der Luftwaffe, für die neue Kampfflugzeuge, neue Tarnkappenbomber, die auch Atomwaffen tragen können, angeschafft werden sollen. Auch „abstandsfähige“ Präzisionswaffen, die somit Ziele auch weit im Hinterland eines Gegners treffen können. Zitieren wir dazu den stellvertretenden Luftwaffeninspekteur Lutz Kohlhaus. Der sagte es offen heraus: „Die Allianz müsse sich (..) in die Lage versetzen, das Luftkriegspotential eines Gegners schon auf dessen Territorium zerschlagen zu können.“

Dazu kommt die Aufrüstung im Bereich der Marine. Ich erwähne es, weil hier ja auch Friedensinitiativen beteiligt sind, die in Mecklenburg-Vorpommern wirken. Wenn ich die Zahlen diesbezüglich richtig im Kopf habe, liegt etwa im Ostseeraum das Verhältnis im Marine-Bereich zwischen der Nato und Russland bei Neun zu eins. Trotzdem soll jetzt vor allem die deutsche Marine auferüstet werden. Unserem Treffen liegt der Vorschlag vor, dort unsererseits nun die alte Tradition der Ostseewochen neu zu beleben: „Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein.“

Doch wer zahlt die Zeche für diesen Hochrüstungskurs?

Boris Pistorius sagt inzwischen, dass man über das 2-Prozent-Ziel hinausdenken müsse. Realistisch seien 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die allein ins Militär gesteckt werden müssen. Bereits erwähnter Lühr Henken errechnete in seinem Material das dies auf der Basis des BIP-Wertes von diesem Jahr auf jährliche Ausgaben für das Militärische von etwa 125 bzw. 150 Milliarden Euro hinausläuft.

Dazu ein aktueller Hinweis: In unseren Medien ist gerade davon die Rede, dass Pistorius in der Vorbereitung der aktuellen Haushaltsrunde nicht ganz so viel bekäme, wie er wüsche. Auch das ist nichts anderes als Desinformation, denn er soll ungehindert über den eigenen Haushalt hinaus 2025 neue Waffensysteme bestellen dürfen, die dann in den Folgejahren abzubezahlen sind.

„Butter statt Kanonen“ ist eine alte Losung von Friedensbewegten. Angesichts der genannten Zahlen scheint diese Losung wieder hochaktuell zu werden, denn das alles wird ohne massive

Kürzungen im Sozialen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich, die am Ende selbst das Fundament unseres Sozialstaates gefährden könnten, nicht zu finanzieren sein.

Was müssen wir tun, um diese Kriegseskalation und diese Aufrüstung abzuwehren?

Unsere erste Aufgabe besteht darin, dass wir die gegebene Situation analysieren. Dass wir das Unfassbare selbst begreifen. Es geht hier nicht mehr nur um Kriege, die irgendwo weit weg stattfinden. Sondern um Großkriege. Möglicherweise mitten in Europa.

Dann müssen wir begreifen: Eine derartige Eskalation zu verhindern, das liegt ausschließlich in unserer Verantwortung. Es gibt niemanden der uns das abnehmen kann.

Diese Politik führt aber unweigerlich dazu auch Demokratie und Meinungsfreiheit abzubauen. Auch Klimaschutz kann unter solchen Bedingungen nicht gedacht werden. Genau das bietet für uns wichtige und unverzichtbare Ansatzpunkte für eine größere Mobilisierung. Im Dialog mit Gewerkschaften, mit Sozialverbänden, mit Klimaaktiven, ist es unsere Aufgabe aufzuzeigen, dass es unter diesen Hochrüstungs- und Kriegsbedingungen weder eine Befriedigung sozialer Bedürfnisse noch einen wirksamen Klimaschutz geben kann. Man kann weder das Soziale noch die Frage des Klimas heutzutage unabhängig von der Frage der Hochrüstung diskutieren. Hier geht es also um zivilgesellschaftliche Breite, die wir erreichen müssen, aber auch erreichen können, wenn wir uns auf Kernfragen und Kernforderungen beschränken.

Über diesen Bereich hinausgehend müssen wir aber auch Otto-Normalbürger viel stärker erreichen. Mit Unterschriftensammlungen und kurzen Aufrufen. Denn noch ist es den Medien noch nicht gelungen, die Bevölkerung voll auf ihre Seite zu ziehen.

An diesem Alltagsbewusstsein anzuknüpfen, ohne uns in strittigen Detailfragen zu verlieren, das ist die Aufgabe. Was rüberkommen muss, ist, dass es zur Durchsetzung von Diplomatie, politischen Konfliktlösungen, gemeinsamer Sicherheit und friedlicher Koexistenz keine Alternative gibt.

Nur so können wir es hinbekommen auch am 3. Oktober nicht nur mit einigen Tausend, sondern hoffentlich mit Zehntausenden für eine bundesweite Demonstration in Berlin zu mobilisieren. In Reichweite des Bundestages, unüberhörbar.

Dort vor Ort und in der Gestaltung des Programms muss ein positives Friedensbild entstehen. Wir akzeptieren es nicht, dass Menschen in den Schützengräbern oder in den zerbombten Gebieten des Gaza-Streifens brutal verrecken. Wir sind Menschen und der Schutz menschlichen Lebens muss für alle im Vordergrund stehen.

Deshalb sagen wir:

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!